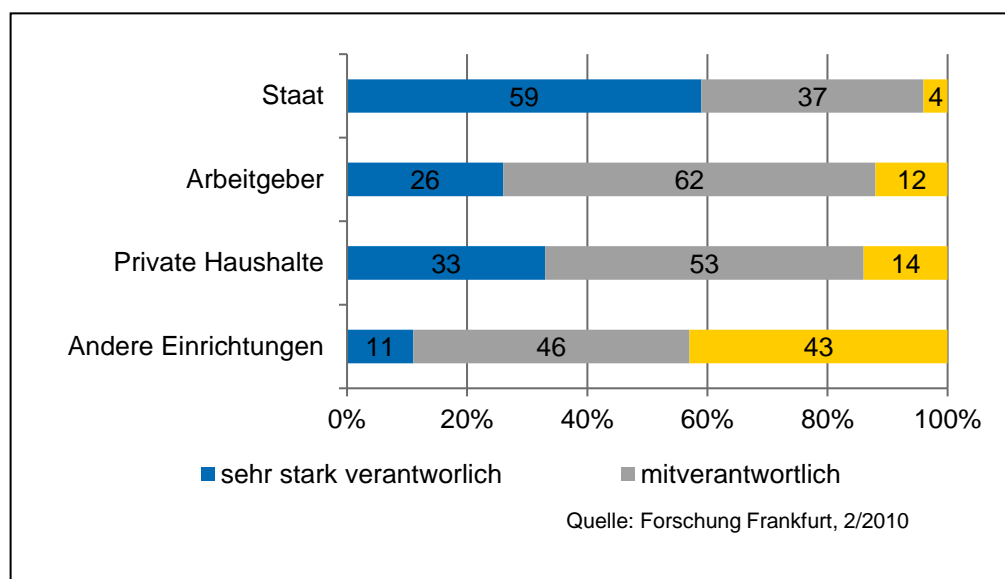


Arbeitsblatt „Soziale Sicherung – im Spannungsfeld von staatlicher Absicherung und Eigenverantwortung“

Abb.1:
Zuständigkeits-empfinden für soziale Sicherung in %

Die zu beantwortende Frage lautet: „Bitte sagen Sie mir für jede wie stark der Staat, die Arbeitgeber, die privaten Haushalte und andere Einrichtungen für die soziale Sicherung verantwortlich sein sollten.“ 2008



Gesetzliche Rentenversicherung

Utopische Gerechtigkeit

Generationengerechtigkeit ist im Hier und Jetzt nur mit Einschränkungen erreichbar, dies wird beim Blick auf das Loch in der Staatskasse schnell deutlich. Doch auch wenn die Bevölkerung die Notwendigkeit von Reformen einsieht: Wenn es konkret wird, heute zurückzustecken, schrumpft schnell der Anteil derer, die wirklich bereit sind, verantwortlich im Sinne folgender Generationen zu handeln.

Die derzeitigen Staatsausgaben für die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme überschreiten bei Weitem die Summe, die allein durch die Einnahmen zur Verfügung stehen würde. Schon mittelfristig ist so die Alterssicherung im deutschen Sozialversicherungssystem nicht tragbar. Das kontinuierliche Anwachsen des Schuldenbergs macht deutlich, dass eine Reform erforderlich ist. Die steigende Höhe der Zinsbelastung durch das Staatsdefizit nimmt der Politik Spielraum bei den Staatsausgaben, so dass schon heute wichtige finanzielle Mittel in den Bereichen Bildung und Erziehung sowie für Investitionen fehlen. Soll die Finanzierbarkeit der Rentenkassen auch für die kommenden Generationen gewährleistet sein, müssen strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Hierzu gibt es drei Alternativen:

Zum einen könnten von der jeweiligen Erwerbsbevölkerung längere Lebensarbeitszeiten verlangt werden. Aufgrund des medizinischen Fortschritts ist die Umsetzung dieser Idee nicht

unrealistisch, der Vorschlag erscheint aber 68 Prozent der Deutschen als unfair. Die Vorstellung, länger zu arbeiten, lässt nicht unbedingt positiv in die Zukunft blicken. Allerdings müssen sich die Strukturen der Sozialversicherung an die Veränderungen der Umwelt, namentlich an die längere Lebenserwartung und die bessere körperliche Verfassung im hohen Alter, anpassen, um finanzierbar zu bleiben.

Die zweite Alternative wären höhere Beitragszahlungen für die arbeitende Bevölkerung. So wären mehr finanzielle Mittel für den steigenden Anteil der Rentenempfänger verfügbar. Auch diese Maßnahme wird jedoch von 71 Prozent der Deutschen als ungerecht angesehen, so dass eine Durchsetzung politisch kaum machbar ist. Klar ist, auch hier würde die Erwerbsbevölkerung stärker belastet. Soziale Abgaben sind zudem in Deutschland im internationalen Vergleich schon heute hoch.

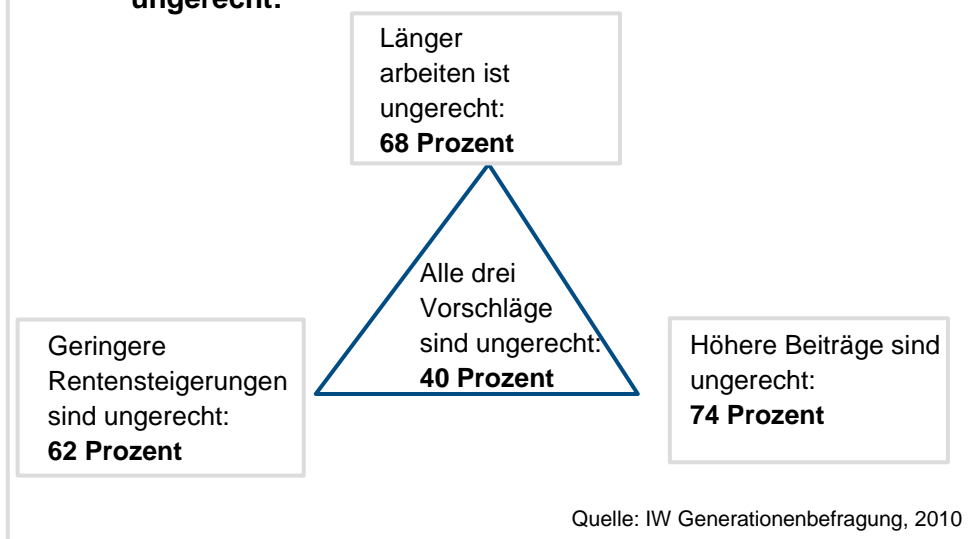
Die dritte mögliche Maßnahme zur Reform wären geringere Rentensteigerungen. Auf diese Weise könnte verhindert werden, dass die Kosten für Rentenzahlungen zu stark anwachsen. Diese Eindämmung der Renten wird allerdings ebenfalls von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. 62 Prozent sehen auch diese Idee als ungerecht an. Der Wählerwille ist ausschlaggebend für die Möglichkeit von Reformen, und dieser Wählerwille lässt es kaum zu, den Status quo zu verändern. Die

Bevölkerung hat zwar die Notwendigkeit zu wesentlichen Reformen erkannt, dafür Verzicht zu leisten will sie nicht. Zudem, und dies verdeutlicht die Abbildung, lässt ihr Gerechtigkeitsempfinden eine Reform ebenfalls nicht zu:

Vierzig Prozent der befragten Deutschen empfinden sämtliche Alternativen zum Umbau der Alterssicherung als ungerecht. Allerdings unterliegen sie dabei dem entscheidungstheoretisch gut nachgewiesenen Trugschluss, dass man die Wahl hätte zwischen der sicheren Alternative (Status Quo beibehalten) und einer unsicheren Zukunftsalternative. Dabei gibt es immer nur die Wahl zwischen unsicheren Zukunftsvarianten.

(Wirtschaft und Ethik Nr. 2/2011, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Seite 1)

Abb. 2: Das Unmöglichkeitsdreieck der Generationengerechtigkeit: Anteil der Befragten, die meinten, bestimmte Rentenreformvorschläge sind ungerecht:



Fragen und Aufgaben zum Thema:

Im Hinblick auf mögliche Reformansätze der sozialen Sicherung generell und der Rentenversicherung im Speziellen kommen die oben stehenden Befragungen auf unterschiedliche Ergebnisse bezüglich der Akzeptanz der Bürger/innen.

1. Erläutern Sie die die in Abbildung 1 dargestellten Aussagen.

2. Fassen Sie die Ergebnisse der Befragung, über die im Text und Abbildung 2 berichtet wird, abschnittsweise in kurzen Formulierungen zusammen.
3. Können Sie sich vorstellen, worin die Ursache für die unterschiedliche Bewertung der Eigenverantwortung in Bezug auf die soziale Sicherung liegt?